

Druck auf Staatsregierung

Verband Wohneigentum Bayern feiert 70-jähriges Bestehen – Sonderabschreibungen im Koalitionsvertrag

Regensburg. (uz) Häuslebauer dürfen künftig auf Fördermittel hoffen. „Wir brauchen wieder eine Sonderabschreibung für den Miet- und Eigentumswohnungsbau“, fordert der Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, Franz Josef Pschierer. Bei der Feier anlässlich 70 Jahre Verband Wohneigentum Bayern am Gründungsort in Regensburg gab Pschierer das Ziel vor: „Sonderabschreibungen und ein Baukindergeld von bis zu 12000 Euro pro Kind.“ Es falle einem Mitglied der Bayerischen Staatsregierung und einem CSU-Politiker gar nicht leicht, die eigene Regierung zu kritisieren: Aber es sei in dieser Legislaturperiode seitens des Bundes, was die Bundeshilfe im Wohnungsbau angehe, nichts passiert. Pschierer: „Egal ob 7b oder 10e: Jede Generation hatte ihren Wohnungserwerb-Paragrafen um Anreize zu schaffen.“

Der Bund habe es nicht geschafft, in einer historisch einmaligen Niedrigzinsphase Basiskapital in nennenswertem Umfang zu rekrutieren, weil er die Rahmenbedingungen



Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer (Mitte) stellt dem Präsidenten des Bundesverbandes Verband Wohneigentum, Manfred Jost (links) und Landespräsident Siegmund Schauer Fördermittel in Aussicht. Bild: Kunz

nicht geschaffen habe. Egal ob Wolfgang Schäuble oder SPD: „Da machen beide keinen guten Job.“ Und: „Wir haben die letzte Legislaturperiode verpennt.“ Das Bayerische Kabinettsmitglied weiter: „In einer Zeit, in der der Staat Steuereinnahmen hat, wie er sie noch nie hatte, müsste Spielraum da sein für Anreizsysteme

im Steuerrecht.“ Dieses Geld fließe ja wieder zurück. „Wenn der Normalbürger baut, hat das Finanzamt das Geld, das er ausgibt – die 19 Prozent Umsatzsteuer – sehr schnell auf dem Konto.“ Die politisch vielgepriesene Mietpreisgrenze stoppe nur Luxusanierungen. „Aber neue Wohnungen schaffe sie nicht. „Wir brauchen

Steueranreize, eine flächendeckende degressive Abschreibung.“ Und das komme in den Koalitionsvertrag nach dem 24. September. „Soweit wir mitregieren.“ Und: „Wir dürfen den Erwerb von Immobilien nicht verteuern. Es bleibt bei 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer in Bayern. In Nordrhein-Westfalen liegt sie inzwischen bei 6,5 Prozent.“

Vorher hatte sich auch der Präsident des Bundesverbandes Verband Wohneigentum, Manfred Jost, die Koalitionspolitik zur Brust genommen und die mangelnde Förderpolitik kritisiert. Hausbesitzer seien Garanten für Demokratie und prägten darüber hinaus das Erscheinungsbild ihrer Kommunen. Dies sollte man wissen in Berlin. In sieben Jahrzehnten habe sich viel geändert. „Die Zeit der Muskelhypothek ist vorbei. Heute prägen uns andere Sorgen: Wie sichern wir unser Wohneigentum ab? Landespräsident Siegmund Schauer betonte, dass sein Verband das Ohr über die Bezirks- und Ortsverbände am Siedler habe. „Wir sind eine Verbraucherschutzorganisation.“